30. Jahrgang • Folge 2 • März 2020

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

US-geführtes Manöver übt Krieg gegen Rußland:

Größte Truppenbewegung in Europa seit dem 2. Weltkrieg!

Seit Ende Februar läuft das **„Defender Europe 2020“** genannte Manöver, das mehrere Monate dauern soll. Da alle Medien mit dem „Corona-Virus“ voll sind, wird über diese riesigen Truppenbewegungen so gut wie nichts berichtet. Es handelt sich dabei um das größte Manöver der US-Armee in Europa seit 25 Jahren.

37.000 US-Soldaten plus voraussichtlich 7.000 US-Nationalgardisten unter Beteiligung von 18 NATO-Partnerländern unter starker Beteiligung der deutschen Bundeswehr, hunderte Panzer und 13.000 Stück Material und Kriegswaffen werden 4.000 Kilometer quer durch Europa Richtung Polen und Baltikum geschickt. Eine ganze US-Division (20.000 Soldaten) soll **bis an die Grenze Rußlands verlegt** werden.

Vor allem in den Monaten April und Mai werden Transportkolonnen in der Nacht auf deutschen Autobahnen rollen, lange Güterzüge werden durch deutsche Bahnhöfe gegen Osten geführt, Panzer auf Binnenschiffen durchs Ruhrgebiet. Deutschland, wo 75 Jahre (!) nach Kriegsende noch immer zigtausende Besatzungssoldaten stationiert sind, ist auch die logistische Drehscheibe für dieses Großmanöver.

Als EU-Mitglied ist Österreich durch die sogenannte **„NATO-Partnerschaft für den Frieden“** schon länger mit der NATO verbunden und nimmt seit 2017 durch den von Kanzler Kurz unterschriebenen Beitritt zum **PESCO-Abkommen** zur „ständigen strukturierten militärischen Zusammenarbeit“ an den Vorbereitungen einer eigenen EU-Armee teil. Mit einer wirklichen Neutralität ist das unvereinbar!

ACHTUNG!

Dieser WEGWARTE liegt in der Mitte der Text für ein **mehrfärbiges Info-Blatt** bei, das zum Herausnehmen und Weiterverbreiten gedacht ist. Bitte falzen Sie das Blatt so, daß ein übliches **Folder-Format** entsteht („Wickelfalz“). Sie können es entweder selbst kopieren lassen oder weitere, fertig gefalzte Exemplare davon bei uns bestellen. Wir senden Ihnen gerne mit der Post die gewünschten, evtl. auch größeren Mengen zu. Für die Bestellung können Sie auch den beiliegenden Zahlschein verwenden und die gewünschte Stückzahl gleich dort anführen. Bitte aber unbedingt Ihre genaue Postadresse anführen! Man kann dieses Info-Blatt Freunden/Bekannten, Arbeits- und Schulkollegen usw. zukommen lassen. Es eignet sich auch bestens zur **Verteilung an möglichst viele Haushalte** in Ihrem Lebensumfeld.

Damit immer mehr Bürger aufwachen und erkennen, daß sie nicht alleine sind und wir uns alle **auf das Recht berufen** können! Wir werden unser von Generationen aufgebautes, schönes Land und seine Kultur und Identität nur erhalten können, wenn möglichst viele Österreicher und Österreicherinnen dabei **maximal untereinander zusammenhalten** im Sinne der im Info-Blatt angeführten Maßnahmen. Man kann ein großes Ziel auch mit vielen kleinen Schritten erreichen! Diese WEGWARTE geht an viele tausend Mitbürger; wenn ein großer Teil davon selbst Verbreitungsarbeit leistet, kann in Summe per **Schneeballeffekt** eine große Zahl von weiteren Menschen erreicht werden.
VIELEN DANK IM VORAUS!

Österreichische Post AG / SP19Z041742S
Initiative Heimat & Umwelt, Hageng. 5, 3424 Zeiselmauer

Inhaltsverzeichnis:

Kritisches zum „Corona-Virus“ **Seite 2/7**
Aufruf zur Landesverteidigung **Seite 3-4**
Wiener Memorandum 2020 **Seite 5-6**
Projekt Überleben **Rückseite**

Kritische Gedanken zum „Corona-Virus“

Liebe Mitdenker!

Wir erleben derzeit beispiellose und für Viele einschneidende **behördliche Zwangsmaßnahmen**, die massive Auswirkungen haben werden. Bei Redaktionsschluß dieser Wegwarte-Ausgabe am 10. März zeichnen sich weitere Maßnahmen ab, die in wenigen Wochen entweder noch viel drastischer oder inzwischen auch wieder zurückgenommen sein werden. Große Auswirkungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur werden sie auf jeden Fall haben! Dabei gibt es **viele Ungereimtheiten**, die vor allem Jenen zu denken geben, die seit vielen Jahren gelernt haben, wie wenig von dem, was in den Konzern-gesteuerten Medien **kampagnisiert** wird, überhaupt den Tatsachen entspricht. Besonders wenn es sich dabei um weltumspannende Kampagnen handelt. Ein **Katastrophenszenario** wurde uns in den letzten Jahren bereits mehrmals prophezeit: bei der Schweinegrippe, der Vogelgrippe, dem „Ebola-Virus“. Und auch um „Aids“ ist es ruhig geworden.

Das jetzt in China und zunehmend auch anderen Regionen und Ländern (Italien!) behördlich angeordnete und erzwungene **Ausmaß an Freiheitsberaubung** wird allerdings immer krasser. Von Quarantäne, Betriebsschließungen, Veranstaltungsverboten bis hin zur Abriegelung (!) ganzer Städte und Staaten. Massive Abstürze der Börsenkurse werden wirtschaftliche Folgen auslösen. Es kommt einem wie ein **riesiges Experiment** vor, um zu testen, wie weit Lebenseinschränkungen mittels **Angsterzeugung** vorgenommen werden können, bis Widerstand entsteht. Siehe ARTE-Doku „Coronavirus: Tagebuch in Quarantäne“: *https://www.youtube.com/watch?v=ODLQcQ_r1r0*

Wichtig ist, daß jede(r) Einzelne sich seine/ihre eigenen Gedanken zu dieser Kampagne macht und auch **alternative Medien und Internetblogger** zu diesem Thema aufmerksam verfolgt. Im Wissen, wieviele Grippefälle es seit vielen Jahren **in Österreich** gibt: In der Saison 2017/18 gab es **440.000 Grippe-Erkrankte**, in der Saison 2019/20 bisher **145.000**. Jährlich sterben in Österreich rund tausend bis zweitausend Menschen an der Grippe. Viele davon im fortgeschrittenen Alter. Da spricht niemand von einer Epidemie oder verordnet behördliche Zwangsmaßnahmen!

Mit Stand 10. März wurden in ganz Österreich **123** „Corona-Virus“-positiv Getestete gemeldet, kein Todesfall. Viele bisher in anderen Ländern positiv Getestete sind bzw. waren ebenfalls im fortgeschrittenen Alter und hatten Vorerkrankungen.

Wir sollten uns auch nicht nehmen lassen, darüber nachzudenken, ob bei bestimmten jetzt verordneten Maßnahmen nicht **ganz andere Ziele** dahinterstehen könnten. Die Meidung unmittelbarer zwischenmenschlicher Kontakte sowie die zunehmende Isolation, die Reduzierung des wirklichen Lebens auf elektronische, leicht zu überwachende Kanäle wird ja auch auf andere Weise seit Jahren betrieben.

Die meisten Regierungen richten sich nach den Empfehlungen der sogenannten **Weltgesundheitsorganisation** WHO. Nie dazugesagt wird allerdings, daß diese von **Pharmakonzernen** dominiert wird, für die u. a. Impfungen ein Riesengeschäft darstellen.

Und überhaupt. Wie ist das mit dem großen **US-Manöver**? Heißt es nicht, man soll Menschenansammlungen meiden und am besten nur noch zuhause bleiben? Körperliche Berührungen unterlassen? Auf sicherer Distanz bleiben? Ja, und dann toben hier sage und schreibe 38.000 Uniformierte durch Deutschland, Polen und das Baltikum, um in enger Tuchfühlung den Krieg gegen Rußland zu üben? Wenn die Pandemie wirklich so gefährlich ist, muß dann nicht sofort das Manöver Defender 2020 **abgesagt werden**? Müssen die SoldatInnen dann nicht in Quarantäne gesteckt werden? Läßt man hochqualifizierte Kriegshandwerker mal eben ganz zivilistisch an SARS-CoV-2 verenden? Verbrennt man mutwillig „militärisches Humankapital“? Oder sind die SoldatInnen immun wie dereinst der wiedererweckte Protagonist Neo im Superfilm Matrix?

Wußten Sie, daß in deutschen Krankenhäusern jedes Jahr sage und schreibe 40.000 Menschen an sogenannten **Krankenhauskeimen** versterben?

Nach Aussage des führenden deutschen Virologen **Dr. Christian Drosten** vom virologischen Institut der **Berliner Charité** werden 80 Prozent der SARS-CoV-2-Infizierten nur einen etwas stärkeren Schnupfen verspüren. 20 Prozent werden eine schwere Grippe durchmachen, und 2 Prozent werden an dieser Corona-Grippe sterben.

Unsere Gesellschaft hat den Ehrgeiz, möglichst niemanden durch Seuchen sterben zu lassen. Das ist ehrenwert. Und es folgt auch einer **wirtschaftlichen Kalkulation**. Denn wenn sich eine Krankheit exponentiell ausbreitet, lähmt das die Wirtschaft. Wenn, wie bei Krebserkrankungen, hohe Mortalitätsraten erreicht werden, diese aber nicht spektakulär zunehmen, wird der Tod von Hunderttausenden von Menschen akzeptiert. Auch der Tod von schätzungsweise 35.000 Toten jedes Jahr durch ganz gewöhnliche Grippe-Pandemien wird achselzuckend in Kauf genommen. Warum wird das bei SARS-CoV-2 ganz anders gesehen?

Der **Virologe und Politiker** Wolfgang Wodarg nimmt dazu mit harten Worten Stellung. In einem Statement, das nur eine Tageszeitung mit regionaler Reichweite zu veröffentlichen wagte, schreibt Wodarg:

„Dem Corona-Hype liegt keine außergewöhnliche medizinische Gefahr zugrunde. Er verursacht aber eine erhebliche Schädigung unserer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte durch leichtfertige und unberechtigte Quarantänemaßnahmen und Verbotsregeln.“

Berechtigte Zweifel?

Es gibt z.B. große Zweifel an der Aussagekraft der Tests. Es spricht einiges dafür, daß durch die verwendete Methode die Zahl der „positiv Getesteten“ und in Quarantäne Geschickten viel zu hoch ist,

Fortsetzung auf Seite 7

INITIATIVE
Heimat & Umwelt
IHU

Bitte verbreiten Sie dieses Info-Blatt!

Wir senden Ihnen gerne weitere Exemplare davon zu, auch in größerer Menge.

Wir waren immer rund 7 Millionen Einwohner; heute sind es bald **neun Millionen**, da aufgrund einer völlig verfehlten Politik im Interesse der EU fast zwei Millionen zugewandert sind mit allen nicht nur kulturellen Folgen, sondern auch entspr. steigenden Umweltbelastungen wie Rohstoff-, Energie- und Bodenverbrauch, Verkehrszunahme usw.

In der österreichischen **Bundesverfassung** heißt es in § 9.a wörtlich wie folgt:

„Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung. Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. .... Zur umfassenden Landesverteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung."

Dementsprechend war die unabhängige Arbeitsgemeinschaft „Initiative Heimat & Umwelt" von Anfang an schon vor dem Beitritt eine erklärte Gegnerin der EU-Mitgliedschaft Österreichs und organisierte nebst vielen anderen, jahrzehntelangen Aktivitäten **zwei bundesweite Volksbegehren**: Im Jahre 2000 „Für die Neuaustragung der EU-Volksabstimmung" und im Juni 2015 „Für den Austritt aus der EU" mit 261.056 behördlich bestätigten, persönlich in den Gemeindeämtern und Stadtmagistraten geleisteten Unterschriften trotz fast völligen Totschweigens in den Medien.

Kontakt:
„Initiative Heimat & Umwelt" IHU
p.A. 3424 Zeiselmauer,
Hagengasse 5
Obfrau: Inge Rauscher
Tel. 02242/70516
oder 0664/425 19 35
E-mail: ihu@a1.net
www.jazumoexit.at

JA zum ÖXIT
www.jazumoexit.at
Für Freiheit und Wohlstand

Die wichtigsten Maßnahmen und Aufgaben

1. Militärisch:

Rascheste Mobilisierung des Bundesheeres zur Grenzsicherung!

Das bedeutet: sofortige massive Erhöhung anstatt Kürzung der Budgetmitteln für das Bundesheer und raschester Wiederaufbau von Gebäude-Infrastruktur an allen österr. Staatsgrenzen sowie der Organisation der dafür notwendigen Mannstärke zur Abwehr eines neuerlichen Massenansturms, der jederzeit politisch gesteuert herbeigeführt werden kann und schleichend ohnehin seit Jahren stattfindet und weiterlaufen wird. Bisher gibt es nur Reden, aber kaum konkrete Taten in dieser Richtung!

2. Wirtschaftlich:

Vorrang für österreichische Eigenproduktionen in allen Bereichen: Landwirtschaft/Industrie/Gewerbe/Dienstleistungen. Davon ist die österr. Volkswirtschaft heute durch die Unterwerfung unter die EU, die Globalisierung und das Freihandels-Dogma der multinationalen Konzerne ohne Rücksicht auf heimische Betriebe, Sozial- und Umweltleistungen für die Bevölkerung, meilenweit entfernt.

3. Politisch:

ÖXIT vorbereiten!

Nur dadurch werden alle EU-Migrations- und Freihandelsabkommen für Österreich ungültig.

Aktiv werden!
„Republik" = Res publica
= Sache des Volkes!

Zugestellt durch Österreichische Post AG

AUFRUF ZUR LANDESVERTEIDIGUNG:

Rascheste Wiedererrichtung

dauerhaft funktionierender österr. Staatsgrenzen!

Falsche EU-Politik zurückweisen!

Liebe Landsleute!

Eine große Mehrheit der Österreicher ist gegen die Aufnahme weiterer Migranten. Wir spüren immer deutlicher, was unabhängige Fachleute untermauern: **Massenmigration ist eine Waffe**, die einer Kriegserklärung gleichkommt.

Es sind seit Jahren **Armeen (!)** von vorwiegend jungen Männern, die zum Eindringen in die wenigen Länder Europas mit vergleichsweise hohen Sozialleistungen (in erster Linie Deutschland und Österreich) von mächtigen Drahtziehern in Bewegung gesetzt werden.

Diese Drahtzieher und eigentlichen **Verursacher** werden den Betroffenen - uns allen - aber weitgehend verschwiegen. Wer sind diese und welche **Maßnahmen** sind anzustreben und mit allem Nachdruck auf allen Ebenen einzufordern?

Auf den nächsten Seiten:
Was Sie in den großen Medien nicht erfahren können.

Die Massenzuwanderung ist keine „Krise“, sie ist gewollt und geplant!

Der Schutz des Territoriums seiner Bürger ist die erste und wichtigste Aufgabe jeder Regierung eines Staates! Die Politiker wissen ganz genau, daß die **jedes Jahr** in Deutschland und Österreich Hereinflutenden **keinerlei Rechtsanspruch** auf Zuwanderung haben, sondern alle illegal hier sind. In der Genfer Flüchtlingskonvention heißt es ausdrücklich, daß „Flüchtlinge“ nur **im ersten** sicheren Land ein Recht auf Asyl haben, in dem sie nach ihrer Flucht ankommen, nicht aber in irgendeinem x-beliebigem Land noch dazu in einem anderen Kontinent. Österreich ist aber ausschließlich von sicheren Drittstaaten umgeben!

Auch die im Zuge des Massenansturms von 2015 nach Österreich Hereingelassenen kamen illegal. Zugelassen haben dies u.a. der damalige Außenminister und frühere Integrations-Staatssekretär **Sebastian Kurz**, der heute mit dem Slogan „2015 darf sich nicht wiederholen“ darüber hinwegzutäuschen versucht.

Die Massenzuwanderung ist gewollt und geplant von all denen, die seit vielen Jahren in **supranationalen Gremien**, insbesondere der EU, die Nationalstaaten Schritt für Schritt zugunsten der Globalisierung abschaffen wollen. Das ist ja das **Hauptziel der „Europäischen Union“**! In unzähligen Pakten, Abkommen, Verträgen zugunsten der Zuwanderer und „Flüchtlinge“ hat eine große Mehrheit der jeweiligen Abgeordneten „auf Befehl von oben“ meist heimlich, still und leise diesen zugestimmt.

Der jüngste derartige Pakt war ein Entschließungsantrag, der am 26. März 2019 im EU-Parlament mit großer Mehrheit beschlossen wurde und der weitreichende Begünstigungen für **afrikanische Zuwanderer** gegenüber der heimischen Bevölkerung vorsieht, z.B. beim Arbeits- und Wohnungsmarkt. Zugestimmt haben diesem auch alle Abgeordneten der Kurz-ÖVP; drei der vier FPÖ-Abgeordneten inkl. Harald Vilimsky enthielten sich nur der Stimme, nur einer stimmte dagegen.

Während über die Stimmenthaltung Österreichs beim **UNO-Migrationspakt** im Dezember 2018 aufgrund starken Widerstandes in der Bevölkerung in den meisten Medien groß berichtet wurde, hat die Kurz-Regierung durch die damalige Außenministerin Kneissl fast gleichzeitig dem **UNO-Flüchtlingspakt zugestimmt**, der ganz ähnliche Bestimmungen enthält. Das wurde der österreichischen Bevölkerung nie offiziell mitgeteilt! Nur die ungarische Regierung hat alle diese Pakte abgelehnt, da „der UNO-Flüchtlingspakt einen Migrationspakt durch die Hintertür darstellt“.

Der Ansturm von Menschen an die Grenzen von Griechenland Anfang März 2020, die zuvor zum Großteil bereits jahrelang in **Flüchtlingslagern in der Türkei** gelebt hatten, ist eine direkte Folge der EU-Politik, insbesondere von Merkel. Der türkische Präsident Erdogan weiß das natürlich. Er führt als Präsident eines NATO-Staates mit Rückendeckung der USA einen völkerrechtswidrigen **Angriffskrieg** gegen Teile Syriens, den die EU sofort beenden könnte ebenso wie die daraus resultierenden „Flüchtlingsströme“. Rund die Hälfte der türkischen Exporte gehen in die EU, bestehende Zoll- und Assoziierungsabkommen mit der Türkei ermöglichen dieser, auch ihre Arbeitsmarktprobleme in die EU auszulagern. Das Bruttoinlandsprodukt der Türkei ist nur etwas mehr als doppelt so groß wie jenes Österreichs bei mehr als zehnmal so vielen Einwohnern.

Der angebliche „Druck“ von Erdogan auf die EU, der ja überhaupt zu dem ruinösen „Flüchtlingsdeal“ geführt hatte, hätte also von der EU schon längst durch die Androhung eines simplen **Einfuhrverbots für türkische Waren** beantwortet werden können. Stattdessen gibt man ihm weitere Milliarden aus unseren Steuergeldern und niemand weiß, wofür diese ausgegeben werden. Das ist aber nicht Unfähigkeit, sondern ein Beweis dafür, daß die Massenzuwanderung in EU-Länder strategisch von der EU selbst gewollt ist!

Das ist einer der Hauptgründe, warum **Großbritannien** den Austritt aus der EU gewählt und vollzogen hat. Die britische Regierung hat bereits kurz danach bekanntgegeben, daß sie die Personenfreizügigkeit aus der EU beenden wird und die Kontrolle über die Zuwanderung mittels Punktesystem aus Kompetenzen, Qualifikation und Gehalt wieder selbst ausüben wird - siehe *https://orf.at/#/stories/3154844/*

In vielen Volksschulklassen in den großen Städten sind Migrantenkinder bereits häufig eine große Mehrheit und auch ein Rückgang der immer noch hohen Arbeitslosigkeit ist fast ausschließlich auf die **Beschäftigung von Ausländern** zurückzuführen.

Ginge es Erdogan nicht um Machtpolitik, sondern um das Wohl der Millionen muslimischer Flüchtlinge in türkischen Lagern, würde er Aufnahme-Abkommen mit anderen muslimischen Staaten in der Region schließen anstatt sie mit Bussen an die griechische Grenze zu schicken, um diese sogar mit Gewalt zu stürmen.

Es hat nichts mit „Humanität“ zu tun, wenn jetzt von EU-Politikern und den Grünen gefordert wird, **„unbegleitete“ Kinder** herauszuholen nach Deutschland und Österreich. Das sind dann sogenannte „Ankerkinder“, die den Nachzug ihrer meist großen Familien zur Folge hätten.

Nach 2015 hätten die Regierungen längst eine **Reform der Genfer Flüchtlingskonvention** gemäß den heutigen Gegebenheiten fordern und - falls nicht möglich - deren **Kündigung** aussprechen müssen. Entsprechende Ausformulierungen wurden von Fachleuten vorgelegt („Wiener Memorandum 2015“ des Akademikerkreises, verfügbar im Internet).

Viel wichtiger wäre das **Beenden** der ausbeuterischen Politik der Großkonzerne in den sogenannten Entwicklungsländern und der **Unterstützung von Angriffskriegen durch EU- und NATO-Staaten**. Die Betreiber sind die gleichen, die auch hinter der gewollten Massenzuwanderung stehen. Damit schaden sie den Migranten wie der jeweils heimischen Bevölkerung gleichermaßen.

Wiener Memorandum 2020 *(Auszug)*

•••••

III. Der Syrienkonflikt als Auslöser der neuen Migrationskrise

Syrien, das unter der Regierung Assad ein für Nahost-verhältnisse musterhaft geführter Staat war, in dem die Angehörigen aller Nationen, Ethnien und Religionen friedlich miteinander lebten, wurde 2011 durch gezielte Provokationen destabilisiert, um nach dem bewährten Vorbild von Majdan in der Ukraine eine transatlantik-freundliche Regierung einsetzen zu können. Der Regime Change ist in Syrien trotz militärischer Interventionen der Vereinigten Staaten von Amerika und deren Unterstützung der islamistischen Terrorgruppen, die gegen die Regierung kämpfen, nicht gelungen.

Da sich Syrien nach wie vor den geopolitischen Vorstellungen der USA und Türkei zur Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens widersetzt, wird gegen Syrien weiterhin nicht nur ein militärischer, sondern auch ein Wirtschaftskrieg geführt.

1. Besetzung der Ölfelder

Die Ölförderanlagen wurden von den USA bombardiert, die Öl- und Gasfelder besetzt und von den der USA zuzurechnenden Truppen und Söldnern bewacht.

Die syrische Regierung wurde von sämtlichen Ölquellen abgeschnitten. Während das Öl über den Nordirak in die Türkei verkauft und von dort an die Terroristen in Syrien zurückgeschmuggelt wird, hat die Bevölkerung kein Heizöl.

Die Regierung muss zur Aufrechterhaltung der industriellen Betriebe und des Transportwesens das eigine Öl aus dem Ausland zurückkaufen.

2. Völkerrechtswidrige Wirtschafts- und Finanzsanktionen

Sowohl die USA, als auch die Europäische Union haben Wirtschaftssanktionen gegen Syrien verhängt, die jährlich verlängert werden. Es handelt sich um sogenannte einseitige Sanktionen, das heißt ohne Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und somit um einen Völkerrechtsbruch.

Die Sanktionen betreffen nicht nur den Ölsektor, sondern den gesamten Wirtschafts- und Finanzsektor. Das Ölembargo wird mit allen Mitteln durchgesetzt, alle Unternehmen und Banken, welche das Embargo nicht beachten, werden bedroht.

Die Sanktionsliste betrifft sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen, insbesondere auch staatliche Unternehmen: Neben den staatlichen Öl- und Gasförderunternehmen - staatliche Ölraffinerien, die syrische Fluglinie, die Hafenbehörden und - besonders tragisch - Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen.

Die Europäische Union hat das Geld der Syrischen Zentralbank eingefroren, Geldüberweisungen sind nicht möglich.

Der Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes wird nicht nur nicht unterstützt, sondern behindert.

IV. Neue Migrationskrise

Faktisches Ende der Genfer Flüchtlingskonvention

1. Völkerrechtswidrige Einmischung der Türkei in Syrien

Die Türkei unterstützte ab Beginn der Syrienkrise die USA in ihrem Bestreben zum Sturz der Regierung Assad. Darüber hinaus bekämpfte die Türkei die syrischen Kurden und ihre Selbstverwaltung, um ein Übergreifen der Autonomiebestrebungen auf die türkischen Kurden zu verhindern. Die Militäroffensive gegen die Kurden wurde deshalb im Jahre 2016 auf Syrien ausgedehnt. Wiewohl die Kurden einen effektiven Kampf gegen den IS führten, wurden sie von der Türkei bekämpft und militärisch angegriffen.

Die türkische Offensive wird von den terroristischen Rebellen in Syrien unterstützt, gleichzeitig werden die Terroristen von den USA und der Türkei mit Waffen und Technik beliefert.

Die Türkei ist daher nicht nur für die Fluchtbewegungen aus den umkämpften Gebieten verantwortlich, sondern verantwortet auch einen massiven Bruch des Völkerrechts durch Missachtung des in der UN Charta verankerten Gewaltverbotes und Missachtung der Souveränität und politischen Unabhängigkeit Syriens.

2. Flüchtlingspakt EU-Türkei 2016

Anstelle konstruktiver Maßnahmen hat die Europäische Union Im Jahre 2016 einen Flüchtlingspakt mit der Türkei abgeschlossen, in dem sich die Türkei verpflichtete, Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen und deren Illegale Migration nach Europa zu verhindern, wobei die EU die Bezahlung von 6 Milliarden Euro für die Versorgung der Flüchtlinge zugesagt hat.

Mit dieser Vereinbarung wollte die Europäische Union die Verantwortung auf die Türkei übertragen, ohne zu bedenken, dass der fortdauernde Kriegszustand und die verschärften Sanktionen gegen Syrien sowie die dadurch vorhersehbare Eskalation, keine Lösung der Migrationsproblematik darstellen kann.

Die Türkei hat ihre militärische Präsenz, auch nachdem der Islamische Staat von den syrischen Truppen mit Unterstützung Russlands zum Großteil besiegt worden war, fortgesetzt, anstatt die syrischen Truppen bei der Bekämpfung der Restbestände der Terroristen zu unterstützen.

Tatsächlich sind in der Folge 3,7 Millionen Flüchtlinge in der Türkei aufgenommen worden, was trotz der massiven finanziellen Unterstützung durch die EU eine große Belastung für die Türkei darstellt.

3. Kampf um Idlib

Die syrische Regierung war bestrebt, auch den letzten Teil des von den Terroristen besetzten Gebietes in Idlib zurückzuerobern und die Souveränität im ganzen Land wiederherzustellen. Die Türkei will dies unbedingt verhindern.

Als die Terroristen eine großangelegte Offensive auf die syrischen Regierungstruppen gestartet hatten, wurden bei einem Luftangriff der syrischen Armee auch 33 Türken getötet, die sich nicht wie vereinbart an einem der Türkei zugewiesenen Beobachtungsposten aufgehalten, sondern sich den terroristischen Gruppen angeschlossen hatten.

•••••

6. Reaktion des Westens

Wiewohl sich die türkischen Truppen völkerrechtswidrig in Idlib aufhalten und die Unterstützung der Terroristen gegen die legitime Regierung Syriens ein Akt der Aggression ist, wurde von den Vereinigten Staaten und insbesondere der Europäischen Union Russland

und die syrische Regierung für die Eskalation in Missachtung der Grundsatzes der Selbstbestimmung und Souveränität verantwortlich gemacht.

Die Reaktionen der westlichen Politiker zeigen, dass der Syrienkonflikt in Wahrheit als Stellvertreterkrieg gegen Russland behandelt wird. Anders sind die Äußerungen nicht zu verstehen, in welchen „endlich Druck auf Putin“ und Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland verlangt wird, wiewohl Russland in Beachtung des Völkerrechtes als von der syrischen Regierung gebetene Schutzmacht keinerlei Völkerrechtsverletzung vorwerfbar ist. Gleichzeitig wird für die schweren, den Tatbestand des Kriegsverbrechens erfüllenden militärischen Aktionen und Völkerrechtsverletzungen der Türkei Verständnis gezeigt.

7. Faktisches Ende der Genfer Flüchtlingskonvention

Ein chaotischer Zustand an der griechischen Grenze ist die Folge. Den Einsatz der griechischen Polizei mit Tränengas und Blendgranaten beantwortete die Türkei mit der Entsendung von Polizeieinheiten an die Grenze, welche ebenfalls mit Tränengas gegen die griechische Polizei vorgeht.

Die Zurückweisung der Flüchtlinge durch die griechische Polizei ist rechtens. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Abschiebung von illegal einreisenden Flüchtlingen und Migranten als zulässig erachtet.

Die Migranten und Flüchtlinge sitzen nunmehr in einer Falle ohne Ausweg. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist hiermit de facto außer Kraft gesetzt.

8. Planlosigkeit des Westens

Die Europäische Union und alle westlichen Politiker unterstützen Griechenland bei der Abwehr der Migranten, die nur zu einem Teil Syrer sind, zum Großteil kommen sie aus Afghanistan.

Während Ungarn bisher wegen des Schutzes seiner Grenzen und Errichtung eines Zaunes massiv angegriffen und die Schließung der Grenze als inhumaner Akt verurteilt wurde, wird Griechenland nunmehr für dieselben Maßnahmen hochgelobt.

Gleichzeitig ist aber auffallend, dass die Türkei weder aufgefordert wird, die Migranten zurückzunehmen, geschweige denn, für sie wenigstens mit Lebensmitteln zu sorgen, sodass sich an der Grenze dramatische Szenen abspielen.

Wiewohl die Europäische Union bekundet, den Erpressungen der Türkei nicht nachgeben zu wollen, werden die völkerrechtswidrigen Aktionen der Türkei nach wie vor nicht verurteilt, das Gespräch mit der Türkei wird als positiv bewertet und ist eine weitere Vereinbarung zu Lasten der Migranten zu erwarten, die auf dem geopolitischen Schachbrett hin und her geschoben werden.

Die Situation an der griechischen Grenze scheint ausweglos, zumal die Türkei weitere finanzielle Forderungen stellt, offenbar um ihre Militäraktionen in Syrien fortsetzen zu können.

Bezeichnend ist, dass es Stimmen gibt, die Migranten in der Europäischen Union aufzunehmen, jedoch werden keine Forderungen erhoben, die eine Lösung der Problematik und ein Ende des Leidens der Migranten zum Ziel haben.

V. Erforderliche Maßnahmen

1. Einhaltung des Völkerrechts

Beendigung der völkerrechtswidrigen Aggressionshandlungen der Vereinigten Staaten und der Türkei mit dem Ziel des Sturzes der legitimen syrischen Regierung und Abzug aller ausländischen Truppen und Verbände, die sich auf syrischem Territorium ohne Einverständnis der syrischen Regierung aufhalten.

2. Aufkündigung bzw. Revision der Genfer Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

Die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahre 1951 wurde unter anderen Voraussetzungen vereinbart, nämlich zum Schutze der aus den kommunistischen Ländern geflüchteten und vertriebenen Personen. Sie war bereits nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Wiederherstellung der Souveränität in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten im Jahre 1990 überholt.

Die Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Konvention trifft auf die Migranten nicht zu, da Krieg und Bürgerkrieg keine Asylgründe sind, sondern nur konkrete staatliche Verfolgung. Diese liegt nicht vor.

Die Aufkündigung der Flüchtlingskonvention gem. Art. 44 bzw. Revision gem. Art. 45 ist daher mehr als fällig und gerechtfertigt, zumal auch in der Präambel der Konvention darauf verwiesen wird, dass eine „zumutbare schwere Belastung für einzelne Länder“ zu berücksichtigen ist.

3. Beendigung der Besetzung sämtlicher Öl- und Gasfelder und deren Rückgabe an die syrische Regierung.

Die von der den USA zugehörigen Söldnern besetzten Öl- und Gasfelder sind unverzüglich an die syrische Regierung zurückzustellen und die Abrechnung der Öl- und Gasdiebstähle vorzunehmen.

4. Beendigung sämtlicher Wirtschafts- und Finanzsanktionen sowie des Ölembargos.

Sämtliche Sanktionen betreffend Öl- und Gasförderunternehmern, staatliche Ölraffinerien, die syrische Fluglinie, die Hafenbehörden und auch betreffend Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen sind aufzuheben, um eine geordnete Wirtschaft widerherzustellen.

Gleichzeitig sind die eingefrorenen Konten, insbesondere das Konto der syrischen Zentralbank freizugeben

5. Wirksame Bekämpfung des weltweiten Netzes der Schlepperorganisationen

Da die Migrationsbewegungen von den Schleppern organisiert werden, ist die Bekämpfung der Schlepperbanden – auch zum Schutz der Betroffenen, die oft ihr gesamtes Vermögen für eine ungewisse Zukunft eintauschen – vordringlich

6. Einholung eines Gutachtens des Internationalen Strafgerichtshofes in den Haag

Zur Feststellung der für die völkerrechtswidrigen Aggressionshandlungen Verantwortlichen, ist die Durchführung von Ermittlungen zur Feststellung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch den Internationalen Strafgerichtshof in den Haag, allenfalls durch die Vereinten Nationen zu beantragen

7. Präventive Maßnahmen vor Ort und Erstellung eines Planes

zur Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau des Landes und zur Ermöglichung der Rückkehr der Migranten in ihren Heimatstaat

Wien, im März 2020

Für den Wiener Akademiker Kreis:

Dr. Eva Maria Barki,
Rechtsanwalt

Gesamter Text siehe
www.heimat-und-umwelt.at

Fortsetzung von Seite 2

siehe Oliver Jannich: *https://www.bitchute.com/video/DTLuI9f7F2A5/*

Weiters gibt es Forscher, die die Theorie der Übertragbarkeit von Krankheiten durch „Viren“ und den Eigenschaften, die diesen zugeschrieben werden, in Frage stellen. Über einen ausführlichen Vortrag des Mikrobiologen **Dr. Stefan Lanka**, der sich viele Jahre damit befaßt hat, kann sich jeder im Internet selbst ein Bild machen, siehe: *https://www.youtube.com/watch?v=XKviQWh3uM4*

Besonders wichtig in „Zeiten wie diesen“ ist es sicherlich, wenn möglichst viele Menschen sich nicht von der verbreiteten Angst „anstecken“ lassen, sondern gedanklich neutral, **ruhig und besonnen** bleiben und ihre **positiven Kräfte** für sich und andere Menschen verwenden, die dies wollen. Die Bewahrung einer positiven Lebenseinstellung und Bewegung in der frischen Luft und an der Sonne - wann immer möglich - sind Elemente, die der Gesundheit auf jeden Fall zugute kommen.

Denn **die Natur ist ganz sicher nicht unser Feind**, in der tausend Gefahren lauern, die wir mit der Pharmaindustrie bekämpfen („eindämmen“) müssen.

Soll so unser Leben aussehen?

Hier finden Sie uns in den sozialen Medien:

https://www.facebook.com/inge.rauscher.5283

https://twitter.com/oexitplattform

Unser Youtube-Kanal: „Initiative Heimat & Umwelt“ oder direkt: https://www.youtube.com/channel/UCIMTXbek03fVVbh8zo8r5fA

Vortrag von Inge Rauscher in der Schweiz: https://impulswelle.ch/seite-4

www.heimat-und-umwelt.at, www.jazumoexit.at, www.oexitplattform.at

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,
30. Jahrgang, Folge 2, März 2020, ZulassungsNr. "SP19Z041742S",
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien,
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,
Tel.: 02242/70516 oder 0664/58 18 307, ihu@a1.net
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 11.03.2020,
Spendenkonto: IBAN: AT366000000007483053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 30 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verläßlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

INITIATIVE
Heimat & Umwelt

IHU

Eintritt: freie Spende

Einladung zur
Bürgerversammlung

Projekt ÜBERLEBEN:
„Wie kann unser Volk wieder mehr eigenen Kindern Zukunft geben?“

Bringen Sie Ihre Vorschläge mit!

Impulsreferate:

MMag. DDr. Edith PEKAREK
Europarechtlerin und Kulturgeographin

Botschafter a.D. **Dr. Heinrich BIRNLEITNER**

Montag, 30. März, um 19 Uhr

in **LINZ** -Urfahr
im **Gasthaus „LINDENWIRT“**
Linke Brückenstr. 2
15 Minuten ab Bahnhof
mit Straßenbahn Linie 1 oder 2

Donnerstag, 2. April, um 19 Uhr

in **WIEN**
im **Café „WESTEND“**
Mariahilferstr. 128
gegenüber vom Westbahnhof
erreichbar mit U3, U6

Moderation: Inge Rauscher, Obfrau der IHU
Imbißmöglichkeit vor Veranstaltungsbeginn

Buchempfehlung:
Das Projekt Überleben anstelle uns abzuschaffen
von Heinrich Birnleitner

Das Buch zum „Projekt Überleben anstelle uns abzuschaffen“ von Heinrich Birnleitner ist unter der ISBN-Nr. 978-3-7481-3639-2 im Verlag BoD erhältlich. Es beschäftigt sich vor allem mit dem Geburtendefizit, das primär auf die Trennung von Altersversorgung und Kinderreichtum zurückgeht - eine soziale Falle. Aber die auf dem Primat der Ökonomie aufgebaute EU benötigt Arbeitskräfte und Konsumenten. Sie importiert sie aus den islamischen krisen- und kriegsgeschüttelten Bereichen um das Mittelmeer. Eine rasche Gegensteuerung ist not-wendend. Statt Öffnung von Grenzen defensive Konzepte, eine Korrektur der Asylpolitik, die Aktivierung positiver Energien, gegründet auf die guten Lebensbedingungen, die Freude an Kindern als Garanten der Zukunft, gestützt durch staatliche Programme, die Implementierung eines identitätsbezogenen Staatsziels in die Verfassung und eine Erneuerung des Christentums durch Rückbesinnung auf die eigentliche Lehre Christi – das wäre das Überlebensprogramm. Möge es gelingen!